

## **Mit linksautoritärem Kommunitarismus wieder zur Arbeiterpartei? Kontexte, Ideologeme und Fehlschlüsse eines aufkommenden rechtssozialdemokratischen Parteiprojekts am Beispiel der britischen Labour Party**

Im Angesicht ihrer sich zuspitzenden Krise sind gegenwärtige sozialdemokratisch strukturierte Parteien von strategischen Suchprozessen gekennzeichnet, die auf einen Wandel ihrer Parteiidentität und ihrer politischen Projekte abzielen. Dabei lässt sich eine Dominanz zweier polarisierter und stark aufeinander bezogener Strategien feststellen, die zugespitzt als sozialliberale Wertehaltung und als linksautoritärer Kommunitarismus bezeichnet werden können. Während die sozialliberale Wertehaltung eine Kombination einer auf Aktivierung setzenden Sozialpolitik, einer wachstums- und innovationsfreundlichen Wirtschaftspolitik mit gesellschaftspolitisch progressiven Positionen vertritt, schlägt der linksautoritäre Kommunitarismus eine Kombination einer auf soziale Sicherheit orientierten Sozialpolitik, einer protektionistischen Wirtschaftspolitik mit gesellschaftspolitisch sozialkonservativen Positionen, insbesondere Migrationskritik, vor. Es handelt sich dabei keineswegs um die einzigen Strategien, die in sozialdemokratischen Parteien bestehen, jedoch um solche, die in nahezu allen dieser Parteien dominant verankert sind und die Debatte um eine Neuausrichtung bestimmen. Beide Positionen zeichnen sich durch eine Kritik der jüngsten Vergangenheit sozialdemokratischer Entwicklung aus, die zumindest in ihrer Rhetorik eine Abkehr von bestimmten Elementen der vorgenommenen Anpassung der Sozialdemokratie an Prämissen neoliberaler Politiken und Diskurse fordern. Insofern beide Strategien eine Erneuerung der Vision und der Reformperspektive der Sozialdemokratie einfordern, versuchen sie einen Beitrag zur Überwindung der Krise der Sozialdemokratie zu leisten, der einer genaueren Überprüfung bedarf.

Der vorliegende Beitrag befasst sich in kritischer Absicht mit einer dieser beiden Ansätze, nämlich der Strategie des linksautoritären Kommunitarismus (LAK). Dieser Fokus bedeutet keineswegs eine Parteinahme für die Strategie der sozialliberalen Wertehaltung, die berechtigterweise als spiegelbildliche Reproduktion ähnlicher analytischer Fehlschlüsse verstanden werden könnte. Vielmehr soll die Frage gestellt werden, welche Analysen der LAK über die Krise der Sozialdemokratie vornimmt, wie er diese zu lösen vorschlägt und welche Grundannahmen, Grundpositionen, Strategien und Politiken ins Feld geführt werden. Auch wenn es zwischen sozialdemokratischen Parteien mitunter viele Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten gibt, kann ein solches Unterfangen niemals rein abstrakt im ideengeschichtlichen Raum verbleiben, sondern muss sich in konkreten raumzeitlichen Kontexten verorten. Die Krise der Sozialdemokratie lässt sich nur spezifisch entlang konkreter Sozialdemokratien mit besonderen Organisationsweisen, politischen Praktiken, Traditionen und Diskursen in konkreten Gesellschaftsformationen mit ihren besonderen Kontexten untersuchen. Daher soll hier die Position des LAK anhand des Falls der britischen Labour Party verhandelt werden. Der LAK ist in der britischen Labour Party in Form einer politischen Strömung und eines organisierten Parteiflügels fest verankert, konnte dort in bestimmten Phasen der Parteigeschichte großen Einfluss auf die Parteiführung nehmen (nämlich zwischen 2010 und 2015 unter der Parteiführung von Ed Miliband sowie unter der Parteiführung von Keir Starmer seit 2020) und liegt dort in der vergleichsweise bislang elaboriertesten Variante vor. Nach einer kurzen Darstellung und Analyse der Reichweite und Ursachen der Krise der Sozialdemokratie im Allgemeinen und im UK im Besonderen soll der Diskurs des LAK in der britischen Labour Party in einem zweiten Teil genauer beleuchtet werden. Entlang einiger aufzuzeigender Verkürzungen und Fehlschlüsse folgt im dritten Teil eine Kritik, an die im Fazit eine, die politisch vermeintlich radikalen und interessanten Aspekte dieser Strategie würdigende angedeutete Alternative anschließt. Zumal viele Elemente und Argumentationen der britischen Variante des LAK in verschobener Weise auch in anderen sozialdemokratischen Parteien auftauchen, werden dabei auch einige allgemeine Ableitungen für die Strategiedebatte der europäischen Sozialdemokratie vorgenommen.

## 1. Kontexte der gegenwärtigen sozialdemokratischen Strategiedebatte

In ganz Europa befindet sich die Sozialdemokratie in einer fortwährenden politischen und ideologischen Krise. Diese zeigt sich zuvorderst entlang des Trends eines dramatischen elektoralen Niedergangs und hängt nicht zuletzt mit fehlenden Kapazitäten zusammen, für die gegenwärtige Lage die soziale Frage offensiv zu adressieren. Die Erkenntnis der Krise und Defensive der Sozialdemokratie ist nicht neu und mittlerweile Teil ihres Normalzustandes geworden. Die in der Sozialdemokratie stattfindenden strategischen Suchprozesse arbeiten sich seit nunmehr zumindest vier Jahrzehnten an ihrer Krise ab und entwickeln dabei vor allem neue defensive Strategien zur temporären Abmilderung der Demobilisierung der verbliebenen Kernwählenden und der Demoralisierung der Parteibasis. Die Krise der Sozialdemokratie wird von strategischen Kontexten überdeterminiert, die für Politiken der Sozialreformen deutlich weniger zugänglich sind als zu Zeiten des fordistischen Entwicklungsmodells und Sozialkompromisses. Zugleich ist sie auch von einer politischen Strategie der Sozialdemokratie mitverursacht, deren Perspektiven für gesellschaftliche Transformation und eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse selbstbeschränkend und selbstpassivierend ausfallen.

Wenngleich für diese Krise auch äußere Faktoren angeführt werden müssen – die berühmten Prozesse der Globalisierung des Kapitalismus, der Aufstieg neuer Entwicklungsmodelle des postfordistischen Kapitalismus und die mit diesem korrespondierende Form von Leistungs- und Wettbewerbsstaatlichkeit, die Veränderung der Sozialstruktur im Zuge der Transformation der Arbeitsprozesse und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung usw. –, muss die Veränderung der Sozialdemokratie hinsichtlich interner Faktoren und vor allem der Veränderung ihrer politischen Strategie erklärt werden. Als ab Mitte der 1970er-Jahre die Strategien des traditionellen sozialliberalen Reformismus an Effektivität und Strahlkraft verloren, wandte sich die Sozialdemokratie einem Postreformismus zu, der zwischen politischen Ansprüchen und der politischen Praxis eine deutliche Kluft entstehen ließ und die bisherigen Formen der politischen Repräsentation ihrer traditionellen sozialen Basis unterminierte. Um diese Probleme zu bearbeiten, trachtete die Sozialdemokratie danach, ihre taktische Flexibilität dadurch zu vergrößern, indem sie die traditionellen Ansprüche an sozialdemokratische Politik limitierte und sich ideologischen Ballasts entledigte (Bailey 2009: 94; Moschonas 2002: 237f.; Puller 2019: 391f.). Dies gelang mit einer widersprüchlichen Hybridisierung von Politiken der sozialen Gerechtigkeit und einer Anpassung an die Politiken des Neoliberalismus, dessen begründender Diskurs ab den 1990er-Jahren als „Dritter Weg“ Bekanntheit erlangte. Zwar konnte diese Strategie kurzfristig elektorale Erfolge erzeugen, entfernte die Sozialdemokratie jedoch zunehmend von traditionellen Kernanliegen und Kernwählenden. Immer weniger gelang es ihr, auf die großen politökonomischen Transformationen der letzten Jahrzehnte Antworten zu entwickeln. Den neoliberalen Zeitgeist begleitete sie mit einem Reformprojekt liberaler Modernisierung, bei dem sich die Sozialdemokratie darauf beschränkte, moderate neoliberale Politiken zu unterstützen, von denen man sich vage Beschäftigungseffekte erhoffte, die nunmehr zum Kern sozialdemokratischer Politik erklärt wurden. Als die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 die postfordistischen Wachstumsmodelle erschütterte, konnte die Sozialdemokratie keine Alternative zum Austeritätsstaat entwickeln, geschweige denn durchsetzen, sondern beschränkte sich auf die Politisierung einiger unmittelbarer Krisenfolgen. In der Coronakrise scheinen ihre Ressourcen verbraucht und eine schlagkräftige Strategie weiter entfernt denn je.

Wiewohl diese Entwicklungslinien in allen sozialdemokratischen Parteien wirksam waren und sind, zeichnen sie besonders deutlich die britische Labour Party aus. Nirgends war der Parteiwandel in Richtung des „Dritten Wegs“ intensiver als im UK. Die politische Strategie des Blairismus ab 1997 beschränkte sich darauf, die thatcheristische Klassenpolitik nationaler Spaltung (durch offensive Zurückdrängung der arbeitenden Klassen in Großbritannien) zu beenden, führte jedoch die ökonomische Ordnungspolitik eines marktradikalen Autoritarismus in Grundzügen fort (Gallas 2016: 62, 280ff.). Der Blairismus scheiterte letztlich auf allen Ebenen dieses Parteiprojekts: an Widersprüchen der auf aufstiegswillige Mittelschichten orientierten Parteiidentität, an der für die traditionelle soziale Basis mangelnden Attraktivität der politischen Reformperspektive, an Widersprüchen der neuen Parteiideologie, an rapide sinkender

Unterstützung bei allen WählerInnengruppen, insb. aber bei der ArbeiterInnenklasse, an internen Turbulenzen zwischen Parteiflügeln sowie nicht zuletzt auch am marketingorientierten politischen Stil. Der Versuch, das Projekt von New Labour durch personelle Erneuerung zu retten, führte zum kurzfristigen Aufstieg des ehemaligen Finanzministers Gordon Brown, der ab 2007 drei Jahre die Geschicke der Labour Party und des UK als Premierminister führte. Das Parteiprojekt von New Labour unter Brown bemühte sich um eine Korrektur der sozialen Schlagseite der Reformperspektive, die auch von organischen Intellektuellen von New Labour wie Anthony Giddens bereits ab 2002 kritisiert wurden. Dies zeigte sich an einer neuartigen, wenngleich zaghaften Thematisierung der wachsenden sozialen Ungleichheit sowie im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 anhand eines investitionsfreudigen und antizyklischen Krisenmanagements. Die Wahl 2010 führte dennoch zu einer Niederlage von Labour und leitete einen Oppositionsgang ein, der bis heute andauert. Die Bedingungen für Labour haben sich seither nicht unbedingt verbessert. Dafür können mehrere Gründe angeführt werden, etwa erstens die zunehmende Dekomposition und Rekomposition der traditionellen sozialen Basis der Partei (Burton-Cartledge 2019; 2021: 194f.) im Zuge der sich zuspitzenden ökonomischen und sozialen Krise des UK (Jessop 2018; Watkins 2020); zweitens die Spaltung der WählerInnenschaft von Labour in Schottland durch den Aufstieg der linksnationalistischen Regionalpartei SNP (Scothorn 2020), die auch durch die konservative Regierungspolitik und ihr Staatsprojekt begünstigt wurde oder drittens der Prozess und die Debatte um den Brexit, die sich in Spaltungen innerhalb der Labour Party auswirkte (Puller 2017). Von besonderer Tragweite ist vor allem aber das Scheitern verschiedener Bemühungen der Labour Party seit 2010, die Einheit der Partei herzustellen und ein attraktives politisches Projekt zu entwickeln.

Die Geschichte der Labour Party der letzten Jahrzehnte ist eine Geschichte des Kampfs der Parteiprojekte. Schon der Blairismus beruhte auf einer konfliktreichen Durchsetzungsstrategie der Marginalisierung der Parteilinken und der Gewerkschaften und führte zu einem Umbau der Organisations- und Führungsweise der Partei in Richtung eines Managerialismus, der die Parteiführung flexibilisierte und autonomisierte und von den Parteistrukturen distanzierte (Panitch/Leys 2001: 237ff.; 2020: 123ff., 139ff.). Unter Gordon Brown wurden geringfügige Korrekturen des politischen Kurses umgesetzt, die vor allem auf eine Mobilisierung von Kernschichten und auf die Sicherung der Einheit der Partei ausgerichtet war. Ideologisch kam ein Konflikt zwischen Blairites und Brownites auf, der selbst für Eingeweihte überschaubare Differenzen umfasste. Gegen den Willen der einflussreichen Parlamentsfraktion der Labour Party konnte schließlich 2010 vor allem der Gewerkschaftsflügel, dessen Organisationen zwischenzeitlich durch eine neue und radikale Führungsriege geleitet wurde, jenen Kandidaten durchsetzen, der sich am entschiedensten vom Blairismus distanzierte, Ed Miliband. Wiewohl sich das Parteiprojekt unter Miliband durch einen widersprüchlichen politischen Kurs (der Kombination populärer Einzelpolitiken mit einer grundsätzlichen Zustimmung zu Austeritätspolitik; Goes 2016) auszeichnete und letztlich die Gewerkschaften nur in geringem Maße wieder in die dominante Koalition der Parteiführung integrierte, bot es ein alternatives politisches Projekt auf: Der Fokus auf Politiken der Bekämpfung sozialer Ungleichheit und Vorschläge für strukturelle Eingriffe in die politische Ökonomie des Landes kamen nicht zuletzt auch Forderungen neuer sozialer Bewegungen wie jener gegen Austeritätspolitik entgegen. Ebenso wurden die Parteiverhältnisse in Richtung größerer Mitbestimmung durch die Mitglieder umgebaut. Das Parteiprojekt wies dennoch kaum Stabilität auf, denn zwischen den Begehren der Parteilinken und Gewerkschaften nach einem radikaleren Kurs, der von der Parteilinken geforderten Unterstützung für Liberalisierungen und Finanzialisierung sowie von Forderungen nach Migrationskritik konnte nur schwer Einigkeit für eine stabile Parteiidentität und ein konsistentes politisches Projekt hergestellt werden. Als die Wahl 2015 Labour eine neuerliche Niederlage bescherte, interpretierten die verschiedenen Parteiteile das Ergebnis jeweils in ihrem Sinne und stellten eigene KandidatInnen auf. Ein unter Miliband beschlossenes neues Wahlrecht, das die Vorsitzentscheidung den Parteimitgliedern überantwortete sowie politische Vernetzungsarbeit zwischen Gewerkschaftsflügel und erstarkten linken Bewegungen führten mit dazu, dass mit Jeremy Corbyn ein Überraschungskandidat der an Tony Benn orientierten Linken den Parteivorsitz übernahm. Unter Corbyn wurde ein neues linkssozialdemokratisches Parteiprojekt entwickelt, in dem die Labour Party als Vehikel einer Neuorganisation der britischen Linken (Einheit von

Gewerkschaften und sozialen Bewegungen) definiert wurde (Murray 2019: 210). Wiewohl dieses Parteiprojekt beachtliche Erfolge im Bereich eines massiven Mitgliederaufschwungs und auch elektoral bei den nationalen Wahlen 2017 den größten Zuwachs einer Parteigeschichte verbuchen konnte, ging es mit innerparteilichen Spannungen zwischen der von der Parteirechten dominierten Parlamentsfraktion und Parteizentrale und der in Gewerkschaften und Mitgliedschaft dominanten Allianz verschiedener Teile der Linken einher. An der zur Bestätigung des Brexit angesetzten Wahl im Dezember 2019 zersplitterte diese Allianz und beendete schlagartig das linkssozialdemokratische Parteiprojekt (Panitch/Leys 2020: 234ff.; Puller 2020). Als keiner der Parteiflügel eine überzeugende Nachfolgefür für Corbyn durchzusetzen in der Lage war, votierte die Mitgliedschaft für Keir Starmer, der die Fortführung des linkssozialdemokratischen Kurses mit Fokus auf Medienprofessionalismus versprach. Das neue Parteiprojekt zeichnete sich jedoch bislang mehr durch ideologischen Quietismus, Mangel an politischen Visionen und Perspektiven sowie ein innerparteiliches Machtvakuum aus (Burton-Cartledge 2021; Goes 2021). Die Einheit der Partei ist heute ferner denn je, innerparteiliche Kämpfe lähmen die Partei und drohen toxische Ausmaße einer Spaltung anzunehmen, die bislang nur durch das FPTP-Wahlsystem im Zaum gehalten werden (das die Mehrzahl der Parteistrukturen jedoch gerne in Richtung eines die Parteienheit auflösenden repräsentativen Wahlrechts ändern würde). Die von allen Parteiteilen und der Medienlandschaft geforderte Klärung der politischen Ausrichtung der Labour Party steht bislang weiterhin aus und begünstigt einen eklektischen Zugang der Bestimmung der Parteiidentität durch tagespolitische Taktiken. Momentan scheint kein Parteiflügel in der Lage zu sein, eine stabile dominante Koalition anführen zu können und fehlen die Bedingungen für die Ausarbeitung einer integrativen politischen Vision und Perspektive. Nichtsdestotrotz sind es unter Keir Starmer gerade Elemente des LAK, die für die Programmatik, Politikvorschläge und Parteiideologie herangezogen werden.

## **2. Linksautoritärer Kommunitarismus und seine Ideologeme**

Innerhalb der britischen Labour Party entwickelte sich der LAK als eigenständige Strömung und Parteiflügel in der Nachfolge der Wahlniederlage von 2010. Dabei nutzte sie kommunitaristische, d.h. auf republikanische Bürgertugenden, Gemeinschaftssinn und traditionelle kulturelle Bindungen sich positiv beziehende Grundargumentationen, um die Lage von Labour neu zu bewerten und eine alternative Strategie auszuarbeiten. Vielfach wurde diese Strategie auch als ‚ethischer Sozialismus‘ bezeichnet, der sich auf eine radikale, aber konservative untergründige Strömung der ArbeiterInnenbewegung stützt. Zu den Vordenkern der Positionen gehören Personen wie der Philosoph und Oberhausabgeordnete Maurice Glasman, der Ökonom, Politikberater und Politiker Jon Cruddas oder der Redakteur der kritischen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift ‚Soundings‘ Jonathan Rutherford. Die weitere Ideenwelt dieser Position umfasst auch Intellektuelle wie David Goodhart („The Road to Somewhere“, „Head Hand Heart“ oder „The British Dream: Successes and Failures of Postwar Immigration“) oder Matthew Goodwin („National Populism: The Revolt Against Liberal Democracy“, 2018 gemeinsam mit Roger Eatwell). Relevante Diskussionsbeiträge wurden auch von der Journalistin Rowenna Davis, den Theologen John Milbank und Adrian Pabst oder PolitikerInnen wie Paul Embery, Frank Field und David Lammy beige-steuert. Die Ideen dieser Gruppe sind Bestandteil vieler Entwürfe weiterer Labour-PolitikerInnen, etwa der aktuell amtierenden Schattenaußenministerin Lisa Nandy, dem ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Tom Watson (2015 bis 2020) oder dem ehemaligen Schattenwirtschaftsminister und späteren Gründer einer neuen liberal-konservativen Partei Chuka Ummuna. Die Strömung existierte kurzzeitig als organisierter Parteiflügel namens ‚Blue Labour‘, wurde jedoch später vom Kernteam aufgelöst. Die Bezeichnung selbst verbindet Labour mit der Parteifarbe der konservativen Tories und deutet eine Brücke zwischen ArbeiterInnenbewegung und Konservatismus an. Die Auflösung stand zeitlich in Verbindung mit schlechter Presse über am Rassismus entlangschrammende migrationskritische Aussagen einiger Mitglieder des Parteiflügels, blieb jedoch ohne Konsequenzen für das Wirken und den Einfluss der Strömung selbst. Ungeachtet der Selbstauflösung von ‚Blue Labour‘ als Organisation sind die Debatten dieser Gruppe einflussreich und es ist berechtigt, weiterhin von einer Strömung innerhalb der Partei zu sprechen.

Zugleich wirken einige Vertreter dieser Strömung über die Labour Party hinaus und werden etwa auch von rechten, konservativen Plattformen unterstützt (so etwa Paul Embery oder Matthew Goodwin auf der konservativen Plattform UnHerd).

Ihrer politischen Positionierung nach stellt die Strömung den Versuch dar, die blairistische Entwicklungsphase der Partei zu überwinden und eine neue politische Reformperspektive und Vision gesellschaftlicher Transformation zu begründen. Dabei konzentriert sie sich auf eine Umschreibung der Geschichte der Labour Party gegen den dominanten Narrativ Labours als progressiver Partei, die sich der Radikalisierung des Liberalismus verschrieben hat zugunsten einer Betonung konservativer Wurzeln, auf eine Neuausrichtung der Politik der Partei an der traditionellen und inhärent als kommunitaristisch orientiert verstandenen ArbeiterInnenklasse sowie eine Stärkung einer bestimmten konservativen Vision des Gemeinwohls. Sie nimmt dabei gegenüber anderen Strömungen eine eigenständige Position ein und wusste diese auch politisch in den innerparteilichen Auseinandersetzungen auszuspielen: In der Phase des Parteiprojekts unter Miliband zwischen 2010 und 2015 richtete sie sich gemeinsam mit der Parteilinken und Gewerkschaften gegen den blairistischen Parteiflügel und war verantwortlich für das von der Parteiführung entwickelte Leitbild von Labour als einer Partei der nationalen Einheit. Grundlegende Elemente der Programmatik und Mobilisierung wie die Vision von ‚One Nation Labour‘ (das die Vorstellung einer solidarischen Einheit aller sozialer Gruppen der Nation bewarb) und das Politikkonzept der ‚pre-distribution‘ (das an den Gemeinwohlsinn privater Unternehmen appellierte) gingen mitunter auf die Ideen von Blue Labour zurück (Goes 2016: 72ff., 146ff.). Auch wenn Milibands Begründung eines ‚progressiven Patriotismus‘ von den Positionen von ‚Blue Labour‘ abwich, ermöglichte es diese Programmatik, in der Partei eine migrationskritische Position der Einwanderungskontrollen durchzusetzen und zu verankern und realisierte damit ein Kernanliegen des LAK. In der Phase des Parteiprojekts unter Corbyn zwischen 2015 und 2020 richtete sich die Strömung dagegen im Bündnis mit blairistischen Parteiteilen gegen den Linkskurs der Partei. Seit 2020 unter Keir Starmer dominieren die Ideen einer Stärkung eines britischen und insbesondere englischen Patriotismus, die Stärkung von Familien und die positive Bezugnahme auf die Größe der Nation in einer neuartigen Weise und befördern dabei die Überlegungen und die Strategie von ‚Blue Labour‘.

Um die Argumentationsweise der Strömung aufzeigen und verhandeln zu können, sollen in weiterer Folge ihre Positionen betreffend die Lage der Partei, betreffend ihren Bezug zur ArbeiterInnenklasse und ArbeiterInnenbewegung sowie zur vorgeschlagenen politischen Strategie dargestellt werden.

Hinsichtlich der *Krise der Sozialdemokratie und ihrer Ursachen* sind sich VertreterInnen des LAK einig, dass diese mit einem zumindest dreißig Jahre andauernden Bruch zwischen der Partei und der ArbeiterInnenklasse zusammenhängen. Der Bruch beruhe auf dem liberalen Modernisierungsprojekt, das sich dem Liberalismus verschrieb und entsprechend in der Gesellschaftspolitik liberalen Kosmopolitismus und in der Wirtschaftspolitik auf liberale Vermarktlichungen setzte. Als Ergebnis entwickelten sich die Partei und die ArbeiterInnenklasse auseinander: Für die Partei zählten nur mehr Mittelschichten und in der Parteiorganisation rekrutierte sich das Personal zunehmend aus bessergestellten urbanen akademischen Milieus, die von der Welt manueller Arbeit bestenfalls in der innerparteilichen Gremienarbeit erfuhren (Embery 2020: 3, 36, 136). Die ArbeiterInnen wandten sich ab, entzogen ihre Wahlunterstützung und verschwanden zusehends aus der Parteiorganisation (Hayhurst 2020: 146). So entwickelte sich die Partei von einer Repräsentationsstätte der ArbeiterInnenklasse zu einer Organisation von urbanen städtischen Liberalen, Studierenden und progressiven AktivistInnen. Die ArbeiterInnen rächten sich an der Partei der Arbeit, als diese ihre Unterstützung bedingungslos vorauszusetzen begann und sich von ihnen und ihren Interessen entfernte. In dieser Analyse können sich VertreterInnen des LAK auf die Ergebnisse der Wahlforschung berufen: Tatsächlich verlor Labour alleine in der Phase New Labours zwischen 1997 und 2010 etwa 5 Millionen Stimmen der ArbeiterInnenklasse, sodass bei der Wahl 2010 Stimmen dieser sozialen Gruppen von Stimmen aus bessergestellten Milieus relativ überholt wurden, während jedeR zweite ArbeiterIn mangels einer überzeugenden politischen Repräsentation auf Wahlenthaltung setzte (Evans/Tilley 2017: 170ff.). Auch spätere nationale Wahlen, insbesondere von 2015 und 2019 (weniger

dramatisch 2017) scheinen zu bestätigen, dass Labours WählerInnenkoalition nicht mehr zuvorderst auf der traditionellen ArbeiterInnenklasse basiert.

Die *gesellschaftlichen Dynamiken* hinter dieser Entwicklung werden im LAK nicht einfach nur und auch nicht zuvorderst auf die Prozesse der Globalisierung des Kapitalismus bezogen, sondern vielmehr auf eine in den 1960er-Jahren ihren Ausgang genommene Kulturrevolution. Sofern Globalisierung als Dynamik gesellschaftlichen Wandels thematisiert wird, beschränkt sich dies zumeist auf eine Erosion nationaler Souveränität und auf eine, Gemeinwohl und Gemeinsinn aushöhlende Vermarktlichung immer neuer gesellschaftlicher Teilbereiche. Die Kulturrevolution dagegen wirkt in dieser Analyse nicht nur länger, sondern auch schwerwiegender: Individualismus, Selbstbezogenheit, Traditionsabwertung und Verantwortungslosigkeit ersetzen die alten Werte der Disziplin, Moralität und des Patriotismus; neuere Entwicklungen wie liberaler Wokeismus und destruktive Identitätspolitik werden als Folge davon identifiziert. Mit der Übernahme des Liberalismus habe die Linke einen Keil zwischen progressiven Milieus und Milieus der arbeitenden Bevölkerung erzeugt, denn diese könne sich auf den kulturellen Kampffeldern wie Sexualität, Geschlechtsidentität und Race nicht zurechtfinden, sei mit progressiven Positionen überfordert und werde durch eine daraus folgende Entthematisierung von Klassenpolitik und Sozialreformen entfremdet. Die Dynamiken von Globalisierung und Kulturrevolution hängen in dieser Analyse zusammen (Rutherford/Glasman 2020: 113), denn nicht zuletzt die Aushöhlung von Kultur und Tradition durch den Liberalismus sei dafür verantwortlich zu machen, dass der Kommodifizierung und dem Aufstieg der Märkte der Boden bereitet wurde. All jene, die mit den Grundlagen des Liberalismus nicht übereinstimmen, würden als nostalgische Modernisierungsfeinde gebrandmarkt. Labour reagierte auf die neuen gesellschaftlichen Dynamiken nicht in Form einer neuen Allianz mit der ArbeiterInnenklasse, sondern entledigte sich dieser (Cruddas 2019: 20) und übernahm den liberalen Zeitgeist: „The party was becoming centred around a new urban, modern, middle-class, internationalist and progressive style of politics. [...] They elevated the cosmopolitan over the communitarian, the global over the local, the progressive over the conservative, modernity over tradition.“ (Embery 2020: 21f.)

Im Zentrum dieser politischen Positionierung steht die *ArbeiterInnenklasse* als deren politische Repräsentation Labour historisch angetreten ist. Es wird dabei ein spezifisches Verständnis der ArbeiterInnenklasse vertreten, das sich vor allem auf die traditionelle industrielle ArbeiterInnenschaft bezieht. Diese Definition erschöpft sich dennoch nicht in der ökonomischen Position der ArbeiterInnenklasse in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Niedergang der britischen Industrie durch politisch gesteuerte Deindustrialisierung, niedrige Position in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, geringe Kontrolle über den Arbeitsprozess etc.), sondern erstreckt sich auch auf ihren niedrigen sozialen Status, die Abwertung der Lebensweisen und den Verfall der Wohnorte und Gemeinschaften von ArbeiterInnen (Embery 2020: 12f., 201). Die Lebensverhältnisse der ArbeiterInnenklasse haben sich seit dem Scheitern des klassischen (Neo-)Korporatismus der Nachkriegszeit drastisch verschlechtert: Verantwortlich dafür ist nicht nur die neoliberale Schock-Doktrin des Thatcherismus, sondern eben auch die Übernahme des politischen Liberalismus durch die Labour Party, die den Bedeutungsverlust von Arbeit als politischem und ethischem Bezugspunkt einleitete (Cruddas 2021) sowie die Kulturrevolution seit den 1960er-Jahren, die alle Bereiche der Lebenswelt der ArbeiterInnen transformierte, wie Familienverhältnisse, Sicherheit, den Nationalstaat und die nationale Identität, Wohlfahrtssysteme usw. (Embery 2020: 11).

Hier setzt die für den LAK zentrale Analyse über *Migration* an. Einwanderung wird, so betonen VertreterInnen des LAK, nicht grundsätzlich als problematisch erachtet, jedoch hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der ArbeiterInnenklasse problematisiert. Waren die Orte und Lebensverhältnisse von ArbeiterInnen lange Zeit von kultureller Homogenität geprägt und von Gemeinschaftserleben, Solidarität und gegenseitigen Bindungen erfüllt, habe Migration zu einer Auflösung traditioneller Verpflichtungen (Field 2015: 56ff.), zu Verunsicherung und Desorientierung (Embery 2020: 33, 62) und sogar zur Auflösung der „Einheit und Harmonie der Nation“ (ebd.: 105; Übers. AP) geführt. Dies hängt auch damit zusammen, dass „massenhafte Einwanderung“ (Goodhart 2015: 121ff.) sich in erster Linie negativ auf die ArbeiterInnenklasse auswirke, nämlich in Form von Konkurrenz auf dem

Arbeitsmarkt, Druck auf die öffentliche Infrastruktur, Druck auf den Wohnungsmarkt, Veränderung der sozialstrukturellen wie soziokulturellen Zusammensetzung von Wohnorten mit dem Effekt der Auflösung der bestehenden Gemeinschaften (ebd.: 130ff.). Die Identität der ArbeiterInnenklasse wird von VertreterInnen des LAK durchwegs als familienorientiert, lokal verwurzelt und auf Zugehörigkeiten bedacht, sozialkonservativ und patriotisch dargestellt. Entsprechend erfordere ihre politische Repräsentation aufgrund der mit Migration einhergehenden Veränderung der Lebensverhältnisse in erster Linie nicht einfach auf das Ökonomische und die ökonomische Position beschränkte Politiken, sondern Politiken, die Respekt für den Status und die Lebensweise der ArbeiterInnen darstellen und befördern können (Embery 2020: 14, 177). Der LAK vertritt daher nicht einfach die Position, dass die Sozialdemokratie aus opportunistischen elektoralen Überlegungen einen Rechtsschwenk und Migrationsabwehr ins Zentrum rücken solle, sondern argumentiert für diesen Kurswechsel ausgehend von der Aufgabe der politischen Repräsentation von ArbeiterInnenmilieus und begründet dies in weiterer Folge mit der Tradition sozialdemokratischer Ideologie und Politik.

Die von ‚Blue Labour‘ aufgebrachte *Vision eines ethischen Sozialismus* beruht auf der Idee einer Gesellschaft, die menschliche Beziehungen nicht über den Markt und auch nicht über den Staat organisiert, sondern den intrinsischen Wert von Heim, Familie, Freundschaft, Arbeit, Nachbarschaft, Gemeinschaft und Zugehörigkeiten betont und Politiken zu deren Stärkung entwickelt (Cruddas/Rutherford 2010: 14f.). Dafür müsse eine Vision des Guten entwickelt werden, einer Gesellschaft, die durchzogen ist von menschlichen Beziehungen der Wechselseitigkeit, des gegenseitigen Gebens und Nehmens und der Solidarität (Glasman 2010: 40; Cruddas 2021: 137), in der Politik wie in der Wirtschaft. Das Gute erschöpft sich dieser Konzeption nach nicht einfach im Gerechten, d.h. in Verfahrensweisen der Herstellung von Fairness zwischen Individuen und sozialen Gruppen durch rationales bürokratisches Management, sondern geht darüber hinaus vermittelt der Ausarbeitung einer substanziellen Vorstellung des Gemeinwohls. Dieses bezieht sich weder auf die Organisationsprinzipien des Marktes noch des Staates und befasst sich daher auch nicht hauptsächlich mit dem Verhältnis von Markt und Staat, das die Debatten der Linken beschäftigt. Für Glasman funktionieren sowohl der Markt als auch der Staat nach Prinzipien, die das Soziale fragmentieren, denn letztlich ginge es ihnen darum, Macht im Namen von Effizienz und Gerechtigkeit zu zentralisieren (Glasman 2015: 15; Rutherford/Glasman 2020: 118), auch wenn die Kategorien dafür verschieden sind. Das Gemeinwohl, das dem LAK vorschwebt, dreht sich um Tugenden und Werte, um Interessensausgleich und um den Sinn des Zusammenhangs und der Verbindung eines größeren gesellschaftlichen Ganzen (Cruddas 2021: 137; Glasman 2015: 18). Es basiert auf der Idee einer (unbestimmten, aber stark betonten) Dezentralisierung von Macht, in der lokale Institutionen gestützt werden, worunter VertreterInnen des LAK vor allem Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften zu verstehen scheinen, da diese als jene Institutionen bewertet werden, die auf solidarischen Beziehungen beruhen. Ausgehend von diesem Gedanken werden auch Übereinstimmungen zwischen Ideen des LAK und der katholischen Soziallehre gesehen (Glasman 2015; Milbank 2015). Solidarische Beziehungen sollten, so der Ansatz, auf alle Bereiche der Gesellschaft erstreckt werden, insbesondere auf die Beziehungen von Unternehmen und Arbeitenden (Watson 2015). Glasman fasst die Vision wie folgt zusammen: „The new consensus, built around the common good, will be pro-business and pro-worker, it will be patriotic and localist, it will be based on lower tax but higher participation, a balance of interests that facilitate negotiation.“ (Glasman 2015: 26) Field nennt als ihre begründenden Werte Patriotismus und Landesstolz, Familientreue und Loyalität sowie die Überzeugung, dass Rechte mit Pflichten einhergehen und Privilegien verdient werden müssen (Field 2015: 57ff.). Insofern diese Vision als einer Ethik folgend verstanden wird, die nicht nur den Werten der ArbeiterInnenklasse entspricht, sondern auch einer (nicht näher erläuterten) christlichen Tradition des UK, wird sie als Wertegrundlage und Vision für eine WählerInnenkoalition beworben, die über die ArbeiterInnenklasse hinausreichen könne (Cruddas/Rutherford 2010: 10ff.; Field 2015: 60).

Die Vision ist explizit postliberal im Sinne einer Überwindung von Individualismus und gesellschaftlichem Atomismus zugunsten eines gemeinsamen Wohls, das sich auf ein nationales und kulturelles Erbe beruft. Der *Postliberalismus* des LAK, so wird betont, richtet sich nicht gegen den Liberalismus als Gesamtheit,

sondern vielmehr gegen das Menschen- und Gesellschaftsbild, das von großen Strängen des Liberalismus vertreten wird (Milbank 2015: 27ff.; Pabst 2015: 255f., 263; Davis 2015: 196), wobei der Utilitarismus und der (intellektualistische) Rationalismus genannt werden. Diese stünden für technokratische Gleichmacherei und abstrakte Prinzipien (etwa im Sinne eines abstrakten Wohls der Mehrheit der Individuen) und werden im Kern als jene Positionen verstanden, die sowohl von linken wie rechten Liberalen vertreten werden. Andere, frühere Stränge des Liberalismus, etwa eine romantische Linie im Anschluss an Rousseau und Adam Smiths Moraltheorie werden dagegen positiv hervorgehoben (Milbank 2015: 27f.; Rutherford/Glasman 2020: 111f., 117). Bestimmte Elemente des Liberalismus wie die Freiheit als normatives Prinzip sowie die bürgerlichen Freiheiten werden dabei übernommen und verteidigt, nicht jedoch aber Individualismus, Progressivismus, Kosmopolitismus oder Globalismus (Rutherford/Glasman 2020: 114). Es sind diese Aspekte gegen die der LAK mit besonderer Entschiedenheit auftritt und die die Forderung nach einer „Zurückweisung des liberalen Konsensus“ (Embery 2020: 200) begründen. Die VertreterInnen der ‚Blue Labour‘-Strömung argumentieren, dass diese ethische und politische Positionierung der britischen ArbeiterInnenbewegung und der Labour Party alles andere als fremd ist. Für Glasman wird die Parteigeschichte von der liberalen Erzählung dominiert, dass die Partei immer schon an abstrakten Werten wie Freiheit und Gleichheit, an Progressivismus, individuellen Rechten und rationalem Management von Ökonomie und Gesellschaft durch den Staat orientiert gewesen sei. Dadurch werde aber eine Seite der Tradition vernachlässigt, die sich aus Beziehungen des Vertrauens, des gemeinsamen solidarischen Kampfes und der gemeinsamen Verbesserung des Umfelds speist, und die (Selbst-)Organisierung von unten (anstelle von Mobilisierung von oben), Demokratie (anstelle von Rechten für Individuen) und Selbstverwaltung (anstelle von staatlichem Management) als Prinzipien verfolgt (Glasman 2010: 32, 38). Glasman (ebd.: 34ff.) verwendet zum Verständnis seines Gegennarrativs der Parteigeschichte das Bild einer schlechten Ehe zwischen einem anständigen Arbeiterklassenvater (der für die kommunitaristische Seite der ArbeiterInnenbewegung steht) und einer gebildeten Mittelschichtmutter (die die liberale Seite der Parteitradition repräsentiert) und setzt dieses Bild ein, um letztlich die Stärkung der Rolle des Vaters zu fordern. In die Familienaufstellung treten auch Großeltern der ArbeiterInnenbewegung hinzu, die in einer aristotelischen Tradition (Gemeinwohlorientierung), dem Widerstand gegen die normannische Eroberung (der Verteidigung althergebrachter Sitten und Normen), in den katholischen und protestantischen Glaubensgemeinschaften (solidarische Verbindung von Gleichen) sowie der Arbeiteraristokratie (Stabilitätsorientierung) gesehen und als mögliche StreitschlichterInnen angerufen werden. Es ist die Rückkehr zu diesen verborgenen und unterdrückten Traditionen, die als Möglichkeit der Erneuerung der Labour Party identifiziert werden. Der Sündenfall der Parteigeschichte, der die Krisenentwicklung der Sozialdemokratie einleitete oder auslöste, ist damit nicht die Abkehr vom traditionellen sozialliberalen und neokorporatistischen Reformismus in den 1970er-Jahren, sondern müsse bereits viel früher angesetzt werden, nämlich mit der Regierung von Clement Attlee 1945 bis 1951 (die im UK mit dem Aufbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit und eines der größten öffentlichen Sektoren verbunden wird). Diese habe die Bewegung auf dem Altar eines rationalistischen Revisionismus geopfert, dem Liberalismus gefrönt (in Form des technokratischen paternalistischen Keynesianismus) und die ArbeiterInnenbewegung und Labour Party einer substanziellen Vision des Gemeinwohls beraubt (Glasman 2010: 39ff.). Lange Zeit konnten die daraus entstehenden Probleme im Rahmen einer Verbesserung der ökonomischen Grundlage der ArbeiterInnenklasse verdeckt werden, begünstigten jedoch den Aufstieg des Neoliberalismus, dessen moderatere Variante in Form von New Labour als Konsequenz des Sündenfalls bewertet wird.

Vor dem Hintergrund der Vision des ethischen Sozialismus, der politischen Positionierung eines Postneoliberalismus und der Entdeckung und Akzentuierung einer untergründigen konservativen, republikanischen und kommunitaristischen Strömung der ArbeiterInnenbewegung fordert der LAK eine neue politische Strategie, die sich um eine *Politik der Zugehörigkeit und der Würde der Arbeit* dreht und auf die Repräsentation und Organisierung der ArbeiterInnenklasse ausgerichtet ist. Dieses Programm müsse, notwendig kommunitaristisch geprägt sein, den vorherrschenden gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Liberalismus zurückweisen und die Sprache der ArbeiterInnenklasse sprechen, die eben



nicht zuletzt auch patriotisch, sozialkonservativ, migrationskritisch sowie ortsverbunden ausfällt und in der die Identität und der Status von Menschen mit der Arbeit verbunden ist: „The tasks confronting [the Left] now are to overcome the fragmentation caused by globalisation and to understand why there exists among the working class a hankering for something beyond individual rights and money; to build a common good and to speak again the language of one nation; to recognise that most working-class people are social and parochial beings with a strong sense of place and cultural attachment, for whom relationships, work, family and community mean something very profound.“ (Embery 2020: 54) Um diese Ziele zu erreichen, benötige es nicht nur Radikalismus im Ökonomischen, sondern vielmehr auch und zuvorderst Radikalismus im Gesellschaftspolitischen (Embery 2020; Cruddas 2021: 14ff.), womit gemeint ist, die Linke möge vermehrt nicht nur über ökonomische Sicherheit mit Forderungen nach Mindestlöhnen und Arbeitsrechten sprechen, sondern über die klassischen Themen der politischen Rechten, nämlich die Nation, Einwanderung, Familien, Sicherheit und Ordnung usw. In den konkreten Politikfeldern nehmen die Forderungen des LAK ein breites Spektrum ein, so etwa im Bereich der Migrationspolitik von Forderungen nach einem gänzlichen Einwanderungsstopp und einer deutlichen Zurückweisung der „immigrationistischen Ideologie“ (Goodhart 2015: 126, 138f.) bis hin zu Einwanderungskontrollen und einer Regulierung des Zuzugs entlang eines punktebasierten Systems mit Obergrenzen (Embery 2020: 92f., 193). Ebenso wird die „Politik der Emanzipation“ zurückgewiesen, die sich auf staatlich zu garantierende Rechte für marginalisierte Gruppen beziehe und als Kehrseite des Markttradikalismus der politischen Rechte für Individuen über Marktbeziehungen bezeichnet wird. Anstelle einer Einforderung von Rechten durch den Staat oder den Markt, verteidigt der LAK eine Politik der Solidarität, in der Rechte aus gesellschaftlichen Beziehungen und als Resultate von Pflichten im Sinne des Gemeinns und Gemeinwohls erwachsen (Milbank 2015: 30f.). Entsprechend gehören Feminismus oder progressive Identitätspolitik zu Positionen, die vom LAK relativiert, abgelehnt und kritisiert werden. Großen Stellenwert nimmt die Politik der Würde der Arbeit ein, worunter im Wesentlichen das Recht auf einen nützlichen und lohnenden Job unter Bedingungen der Vollbeschäftigung verstanden wird (Cruddas 2021: 186). Hier sieht der LAK eine große Abgrenzung zur liberalen Linken und neoliberalen Rechten (die im Rahmen einer globalistischen Ideologie das Recht auf Arbeit als illusorisch zurückweisen) sowie auch zur gegenwärtigen sozialistischen Linken (die als von einer Postarbeitsideologie geprägt verstanden wird, in der nicht Vollbeschäftigung, sondern angesichts von übertriebenen und technologistischen Ideologien liberale Konzepte wie das bedingungslose Grundeinkommen beworben werden). Mit diesem Programm, so ist sich der Ansatz sicher, könne Labour erstens wieder die Verbindung zur ArbeiterInnenklasse herstellen und entsprechend erstarken und zweitens darauf aufbauend wieder eine Massenpartei mit einer überzeugenden Machtperspektive werden (Embery 2020: 171, 176; Field 2015).

Die Strategie des LAK nimmt gegenüber anderen politischen Strömungen innerhalb der Labour Party, die als verschiedene Varianten des Liberalismus diskutiert werden, deutliche *Abgrenzungen* vor. Sowohl der (bis 2010 die Parteigeschicke leitende) Blairismus als auch der (in der Phase zwischen 2015 und 2020 die Partei bestimmende) Corbynismus vertreten in dieser Abgrenzung hinsichtlich eines gesellschaftspolitischen Liberalismus ähnliche Positionen, nämlich kosmopolitische Ansichten. New Labour wird als Verbindung von kosmopolitischem Gesellschaftsliberalismus mit einer Akzeptanz neoliberaler Hyperglobalisierung in der Wirtschaftspolitik bewertet, d.h. als vollständig vom Liberalismus vereinnehnte Positionierung (Embery 2020: 141; abweichend davon Cruddas 2021: 147ff., der im ursprünglichen Projekt von New Labour auch kommunitaristische Elemente verortet). In dieser Verbindung wird eine deutliche Nähe zur politischen Strategie der Konservativen unter David Cameron gesehen (Glasman 2010: 40; Embery 2020: 35), die ab 2010 die Schwächen der Labour Party mit einem relativ ähnlichen politischen Projekt auszubehuten verstanden. Der Corbynismus unterscheidet sich von New Labour dennoch entscheidend in dessen Ausarbeitung und Befürwortung eines ökonomischen Radikalismus, der von VertreterInnen der ‚Blue Labour‘-Strömung gewürdigt wird, wenngleich in der Ausrichtung als falsch aufgezogen, als problematisch begründet und als letztlich nicht im Sinne der ArbeiterInnenklasse stehend beurteilt wird (Cruddas 2021: 18, 94; Embery 2020: 27, 37, 91; Rutherford/Glasman 2020: 116). In der Anschauung des LAK scheiterte der Corbynismus nicht am radikalen, linkssozialdemokratischen

ökonomischen Programm, das viele populäre Forderungen umfasste, sondern daran, im Bereich der „kulturellen Spaltung“ (Embery 2020: 37) zwischen liberalen und kommunitaristischen Milieus keinen Boden gewonnen zu haben. Mit seiner Befürwortung eines gesellschaftspolitischen Liberalismus vertrete der Corbynismus letztlich nicht die ArbeiterInnenklasse in ihren dominanten Segmenten der industriellen und der niederqualifizierten ArbeiterInnenschaft, die von traditionelleren Identitäten und politischen Positionierungen geprägt ist, sondern eher liberal eingestellte, neuere und jüngere Segmente der ArbeiterInnenklasse aus den Bereichen des Dienstleistungssektors, des öffentlichen Sektors und der wissensbasierten Ökonomie. Diese hätten eine größere Affinität zu bessergestellten liberalen Milieus und könnten daher nicht als Kerngruppe einer politischen Allianz der ArbeiterInnenklasse gesehen werden (Embery 2020: 14; Rutherford/Glasman 2020: 111ff.).

Mit diesen dargestellten Elementen – der Kritik an der liberalen Abweichung der Labour Party und ihrer Orientierung an den liberalen Mittelschichten, der Begründung einer Neuorientierung entlang der dargestellten Interessen der traditionellen ArbeiterInnenklasse, der Migrationskritik, der Vision eines ethischen Sozialismus der Gemeinwohlorientierung und des Postliberalismus sowie der vorgeschlagenen Politik der Zugehörigkeit und der Würde der Arbeit – ist der Diskurs des LAK innerhalb der britischen Labour Party in seinen Grundzügen wesentlich umrissen. Wiewohl dieser Diskurs und die von diesem motivierte politische Strömung unter der (Selbst-)Bezeichnung ‚Blue Labour‘ firmiert, scheint die Bezeichnung des linksautoritären Kommunitarismus eine präzisere Neubeschreibung zu liefern. Diese Position ist kommunitaristisch in dem Sinne, dass sie die Spaltung des politischen Spektrums und der politischen Identitäten im UK wesentlich als Polarisierung zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Milieus versteht und für traditionelle Moral, Bürgertugenden und Gemeinschaftsorientierung eintritt. Es handelt sich dabei um eine Übertragung einer Debatte aus der politischen Ethik auf die politische Analyse (Puller 2021), deren tatsächliche Reichweite als umstritten bewertet werden kann (kritisch etwa: Biskamp 2020). Alle Fragen gegenwärtiger gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, politischer Machtverhältnisse sowie von Klassen- und Verteilungspolitik werden durch das Prisma dieser Perspektive betrachtet, ungeachtet dessen, ob dies die Realität der Lebensverhältnisse der ArbeiterInnenklasse, der WählerInnenkoalition der Labour Party oder der politischen Verhältnisse des UK adäquat abbildet oder nicht. Die Position ist linksautoritär dahingehend, dass sie der formalen Definition von Linksautoritarismus von Zoe Lefkofridi et al. (2014: 66) über die Verbindung linker Wirtschaftspolitik mit traditionellen bzw. autoritären soziokulturellen Ansichten als Kriterium entspricht. Der Begriff des LAK lenkt das Augenmerk auf die Grundlagen dieser Position in der politischen Philosophie und philosophischen Ethik und entspricht angemessener ihrer realen politischen Intervention innerhalb der politischen Verhältnisse der Labour Party und des UK.

### **3. Kritik der Fehlschlüsse des linksautoritären Kommunitarismus**

Die im vorhergehenden Abschnitt aufgezeigten Elemente des Diskurses des LAK sollen im Folgenden im Rahmen einer (in Ansätzen nicht nur von außen herangetragenen, sondern auch immanenten und erklärenden) Kritik auf Verkürzungen, Fehlschlüsse und Ausblendungen untersucht werden. Klassischerweise wird der LAK mit dem Vorwurf des schlichten Rassismus und einer kulturalistischen bzw. naturalisierenden Kulturvorstellung konfrontiert. Der Vorwurf des Rassismus bezieht sich mitunter auf die Forderungen des LAK nach einem Migrationsstopp, auf Analysen, in denen Migration als eine zentrale Ursache vielfältiger gesellschaftlicher Missstände aufscheint sowie auf eine Rhetorik, in der die ArbeiterInnenklasse als durch eine einheitliche und exklusiv weiße Identität gekennzeichnet verstanden zu sein scheint. In dieser Intensität wird der Vorwurf von VertreterInnen des LAK entschieden zurückgewiesen. So betonen etwa Rutherford und Glasman (2020: 116), dass die Vorstellung der Weißheit der ArbeiterInnenklasse nicht zur Rhetorik des LAK gehöre und mit ihrem Vorstellungshorizont nichts zu tun hätte (wobei etwa Tom Watson den Begriff der „white working class“ tatsächlich verwendete, s. Watson 2015: 83). Auch wird stets der Unterschied zwischen Migrationskritik und Rassismus betont, da sich der LAK in der Selbstdarstellung nicht direkt gegen MigrantInnen, sondern gegen das System der Einwanderung

(Embery 2020: 61) bzw. gegen die „immigrationistische Ideologie“ (Goodhart 2015: 126) richte. Tatsächlich scheint es, dass der Großteil der VertreterInnen des LAK in der Rhetorik Sensibilitäten dafür entwickelt hat, in welcher Weise offener Rassismus vermieden und zurückgewiesen und stattdessen die Diversität und Multikulturalität der ArbeiterInnenklasse anerkannt werden kann. Dabei geht die Argumentation in die Richtung, die Auswirkungen von Migration auf die Gemeinden und Gemeinschaften der traditionellen ArbeiterInnenklasse zu problematisieren: VertreterInnen des LAK führen dabei zumeist Geschichten darüber an, wie sehr sich die Orte und Gemeinschaften der ArbeiterInnenklasse verändert haben, wie wenig man diese aufgrund soziokultureller Neuzusammensetzung wiedererkennen könne, wie sehr sich kulturelle Zugehörigkeiten und Sicherheiten aufgelöst haben, wie sehr man sich als Mitglied der ArbeiterInnenklasse in der eigenen Lebenswelt mittlerweile fremd vorkomme (s. etwa Embery 2020: 72, der darüber berichtet, in seiner Heimatgemeinde bei Straßenkonversationen nunmehr zum Einstieg gefragt zu werden, ob er denn Englisch spreche). Der Unterschied zwischen einem linksautoritären Kommunitarismus und offenem Rassismus besteht darin, dass Migrationskritik über die Verteidigung einer nostalgischen Vorstellung über frühere Lebenswelten begründet wird und nicht in erster Linie MigrantInnen offen als Sündenböcke gesehen werden. Auch der zweite Vorwurf an den LAK, wonach dieser eine naturalisierende bzw. kulturalistische Kulturkonzeption vertrete, wird von diesem zurückgewiesen. Dieser Vorwurf bezieht sich darauf, dass der LAK von einer vorpolitischen, ursprünglichen und reaktionären Vorstellung einer primären Kulturgemeinschaft und des Gemeinwohls ausgehe (etwa bei Finlayson 2011: 22f.; Bolton/Matt 2020a: 90). Auch auf diesen Vorwurf antworten VertreterInnen des LAK mit dem Verweis auf ihre Konzeption eines politischen Kommunitarismus, der Kultur keineswegs als transhistorisch, fixiert, un- oder vorpolitisch verstehe, sondern selbst die Geschichtlichkeit und Umkämpftheit von Kultur betont (Rutherford/Glasman 2020: 112f.). Ihr Bezug auf das Gemeinwohl gehe nicht aus von einer primären Kultur, sondern von einer politisch konstituierten imaginären Gemeinschaft. Entsprechend leiten sie aus diesem Kommunitarismus auch die Notwendigkeit der demokratischen Aushandlung des Gemeinwohls ab, das stets pluralistisch zu fassen sei, wobei der LAK in dieser Aushandlung eben für eine Position der Stärkung von Gemeinschaft gegen Staat und Märkte und für eine Stärkung der Tradition eintritt.

Zumal diese beiden häufigen Vorwürfe (des Rassismus und des Kulturalismus) an den LAK (zumindest in der unmittelbaren und direkten Form) nicht gänzlich angemessen zu sein scheinen, ist es angebracht, den Ansatz für seine ausgewiesenen zentralen Grundannahmen und Grundpositionen beim Wort zu nehmen und diese einer Analyse zu unterziehen. Rassismus und Kulturkonservatismus mögen Effekte des LAK sein, bilden aber nicht dessen selbstdefinierte Kernelemente. Hierfür ist es notwendig, die Begründungen für den Kommunitarismus, für die Annahmen über die ArbeiterInnenklasse, über die Ökonomie sowie über das Verhältnis von Sozialismus/Sozialdemokratie und Liberalismus heranzuziehen.

*Politischer Kommunitarismus:* Der politische Kommunitarismus des LAK wird begründet aus der Krise der Sozialdemokratie, der Notwendigkeit eines Neuanfangs und der Neuausrichtung auf die traditionelle ArbeiterInnenklasse. Die Problematik des LAK läuft darauf hinaus, dass die repräsentativen Beziehungen der Labour Party zur ArbeiterInnenklasse einseitig aufgelöst wurden, indem sich die Labour Party dem liberalen Konsens verschrieben und ihre, im Einklang mit der traditionellen ArbeiterInnenklasse stehende, einstmalige Positionierung für die Vision und Politik des LAK verschoben hätte. Im Kern also basiert dieses „Narrativ von kosmopolitischer Entfremdung“ (Biskamp 2020: 77) auf der Vorstellung, dass die Politik und der politische Diskurs gegenwärtig (wie offenbar auch immer schon) von einer binären gesellschaftlichen Spaltung zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Milieus geprägt sei, die mit einer Spaltung zwischen Mittelschichten und der ArbeiterInnenklasse zusammenhänge. Dies entspricht der von Goodhart (2017) aufgestellten Gegenüberstellung von „somewheres“ (lokal Verwurzelter) und „anywheres“ (kosmopolitisch Orientierter), die sich an jene von (pessimistischen, benachteiligten) Modernisierungsverlierenden und (hoffnungsvollen, bessergestellten) Modernisierungsgewinnenden anlehnt. Diese Spaltung wird auch mit den gesellschaftlichen Interessen der Unterstützung von neoliberaler Hyperglobalisierung und kosmopolitischem Globalismus bei den Mittelschichten sowie von patriotischem Nationalismus und sozialem Konservatismus bei Unterschichten assoziiert. An

diesem Narrativ können mehrere problematische Punkte identifiziert werden. So ist fraglich, ob die Analyse der Sozialstruktur gegenwärtiger westlicher Länder wie des UK überhaupt durch eine Gegenüberstellung von (traditioneller) ArbeiterInnenklasse und Mittelschichten (wie sie etwa bei Embery 2020 und auch anderen Beiträgen des LAK explizit vorgenommen wird) ausreichend beschrieben ist oder ob sich (grundsätzlich, nicht zuletzt aber auch angesichts der postfordistischen Arbeitswelt) die Klassenverhältnisse nicht fragmentierter und komplexer darstellen. Die traditionelle IndustriearbeiterInnenschaft, die der LAK als Mehrheit der Gesellschaft suggeriert, stellte kaum jemals in westlichen Gesellschaftsformationen eine gesellschaftliche Mehrheit und dominiert heute die Arbeitswelt weniger denn je. Die ArbeiterInnenklasse umfasste seit jeher Fragmentierungen in den Arbeitsprozessen, in den Beschäftigungsverhältnissen, in Status und Einkommen sowie auch politische Spaltungen. Große Teile der arbeitenden Klassen sind im Dienstleistungssektor, im öffentlichen Sektor oder im Prekariat beschäftigt (s. hierzu auch die Analyse der selbst dem LAK nahestehenden Klassentheoretikerin Claire Ainsley 2018: 25f.) Ähnliche Fragmentierungen treffen auch für die Mittelschichten zu. Es erscheint zudem keinesfalls angebracht und wird auch keineswegs durch Studien gestützt, die soziale Positionierung von arbeitenden Klassen und Mittelschichten mit kosmopolitischen oder kommunitaristischen Milieus gleichzusetzen (Biskamp 2020: 73ff.). Fällt diese zentrale Behauptung des LAK jedoch in sich zusammen, offenbart sich eine Achillesferse des gesamten Ansatzes: die Frage der Substanz des Gemeinwohls. Der Vision des ethischen Sozialismus nach repräsentiert das (linksautoritär-kommunitaristisch begründete) Gemeinwohl die ArbeiterInnenklasse und damit die oftmals schweigende oder verstummte gesellschaftliche Mehrheit. Wenn jedoch die derart definierte ArbeiterInnenklasse weder eine Mehrheit darstellen sollte, noch die arbeitenden Klassen in ihrer Gesamtheit repräsentiert, eröffnet sich die Frage, warum das Gemeinwohl auf die vom LAK bestimmte Art und Weise einer nationalen Gemeinschaft linksautoritär-kommunitaristisch Gesinnter hergestellt werden sollte. VertreterInnen des LAK mögen argumentieren, dass dieser Gemeinschaften durchaus als politisch konstituiert versteht, jedoch bleibt zurück, dass dies nur auf die binäre Spaltung kommunitaristischer und kosmopolitischer Milieus bezogen wird. Die Begründung des Gemeinwohls durch den LAK steht und fällt mit einer auf Behauptungen basierten Verengung von Klassenverhältnissen, gesellschaftlichen Interessen und politischen Spaltungen auf eine Polarisierung, die mehr als zweifelhaft ist. Sie speist sich wesentlich aus einer nostalgischen Vorstellung über frühere Gesellschaftsformationen, die vom LAK selbst historisch nicht verortet werden kann, mit den tatsächlichen historischen Tatsachen kaum übereinstimmt und auch heute nicht wiederhergestellt werden könnte. Die historische Verortung wird auf eine vage Vergangenheit der Labour Party von vor dem Zweiten Weltkrieg (vor der Regierung Attlee, die eine liberale Abweichung einleitete) vorgenommen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die ArbeiterInnenklasse immer schon geschichtet, fragmentiert und politisch gespalten war und die Labour Party stets auch auf politische Allianzen abzielte, die sowohl Teile der ArbeiterInnenklasse als auch Teile der Mittelschichten umfasste. Egal ob man die nostalgische Utopie für den fordistischen Kapitalismus oder für die Zeit davor ansetzen würde, muss zudem nüchtern festgestellt werden, dass wir heute durch neue dominante Formen der Kapitalakkumulation, neue Formen von Staatsmacht und staatlicher Apparate sowie neue gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und politische Formationen von dieser Zeit getrennt sind. Die Gemeinwohlkonzeption des LAK ist letztlich nichts anderes als eine Retrotopia im Sinne von Zygmunt Bauman (2017), d.h. eine Idealisierung einer Vergangenheit, zu der die Welt noch in Ordnung gewesen sei und die wiederbegründet werden sollte.

*Annahmen über die ArbeiterInnenklasse:* Die im Zentrum des LAK stehende ArbeiterInnenklasse wird von diese stets als monolithische Einheit und als kulturelle Gruppe mit dem Interesse an „kultureller Sicherheit“ (Embery 2020: 176) dargestellt. Systematisiert man die Befunde, Analysen und Kommentare von VertreterInnen des LAK zeigt sich, dass die Einheitlichkeit und kulturelle Homogenität der ArbeiterInnenklasse nicht belegt, sondern stets nur behauptet und mit Erfahrungsberichten untermauert werden kann. Die differenzierteste Vorstellung über die ArbeiterInnenklasse wird noch von Embery (2020: 12ff.) vertreten. Dieser nimmt die Existenz neuer Segmente der ArbeiterInnenklasse wahr, die sich von der traditionellen ArbeiterInnenklasse unterscheiden, sowie auch die Existenz von Teilen der ArbeiterInnenklasse innerhalb des UK, die sich als indisch, karibisch oder muslimisch identifizieren. Letztlich werden

diese Teile jedoch auch bei Embery als für ein politisches Projekt der Labour Party vernachlässigbare Minderheiten innerhalb der ArbeiterInnenklasse behandelt. Bezogen auf die linksautoritär-kommunitaristischen Einstellungen, die der (traditionellen) ArbeiterInnenklasse zugeschrieben werden, können folgende Punkte angeführt werden. Erstens gibt es für die behaupteten vorherrschenden sozialkonservativen Einstellungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse kaum Evidenzen. Sofern Analysen hierzu vorliegen, zeigen sie durchaus auf, dass IndustriearbeiterInnen relativ gegenüber anderen sozialen Gruppen traditioneller eingestellt sind, dass jedoch diese Differenzen eher gering ausfallen (Bloomfield 2020: 93f.; Evans/Tilley 2017: 59ff.; s. auch für Deutschland Biskamp 2020: 76). Hinsichtlich Familienformen, Lebensstilen, Einstellungen zu MigrantInnen sowie zu feministischen und LGBTIQ-Anliegen ist die traditionelle ArbeiterInnenklasse deutlich liberaler und weniger traditionell eingestellt als vom LAK behauptet wird. Zweitens kann festgestellt werden, dass die Entfremdung zwischen ArbeiterInnenklasse und Sozialdemokratie nicht derart ausfällt, dass sozialdemokratische Parteien heute Parteien der ausgebildeten Mittelschichten wären. Dieses Argument wird heute auch populär von Thomas Piketty mit seiner Zuschreibung der „brahmanischen Linken“ vertreten. Betrachtet man die WählerInnenkoalition sozialdemokratischer Parteien zeigt sich immer noch eine große Rolle der ArbeiterInnenklasse. Soziale Gruppen, die eher auf der Seite der manuellen Arbeit stehen und geringe Kontrolle über ihren Arbeitsprozess aufweisen, wie etwa die industrielle ArbeiterInnenklasse machen einen relevanten Teil der WählerInnenschaft der Sozialdemokratie aus (Abou-Chadi/Hix 2021: 85; YouGov 2019). Dies bedeutet nicht, dass keine Entfremdungen stattgefunden hätten (wie der hohe Anteil an Wahlenthaltung bei Wählenden aus der ArbeiterInnenklasse in allen westlichen Ländern verdeutlicht), deutet jedoch darauf hin, dass die Entfremdungen anders und komplexer ausfallen als es für den LAK den Anschein hat. Für den LAK wird diese Entfremdung vor allem einseitig auf kulturelle Fragen bezogen (im Sinne einer behaupteten Überforderung durch liberale Gesellschaftspolitik), nicht jedoch auf Fragen der politischen Repräsentation abseits dieser Dimension und auch nicht hinsichtlich der substanziellen Repräsentationsbeziehungen beleuchtet. Drittens gibt es auch keine Evidenz dafür, dass die elektoralen Chancen sozialdemokratischer Parteien mit migrationskritischen Positionen steigen würden (s. etwa Abou-Chadi/Wagner 2019: 1416). Basierend auf der vom LAK behaupteten Einheitlichkeit und Positionierung der ArbeiterInnenklasse werden konkrete Analysen über die ArbeiterInnenklasse, ihre Interessen und Identitäten sowie die Beziehungen zwischen dieser und der Sozialdemokratie letztlich mehr behindert als gelöst.

*Annahmen über die Ökonomie:* VertreterInnen des LAK stehen entsprechend ihrer Annahmen über das politische Spektrum auf dem Standpunkt, dass Fragen der Ökonomie gegenüber Fragen der kulturellen bzw. nationalen Identität zweitrangig seien bzw. erst dann aufgeworfen werden können, wenn die eigentlich zentralen gesellschaftlichen wie politischen Probleme (wie etwa Zuwanderung) ausreichend bearbeitet wurden. Dabei wird betont, dass ökonomischer Radikalismus für sozialdemokratische Positionierung ohnehin außer Streit zu stehen habe, wobei der Wirtschaftsliberalismus von New Labour kritisiert wird (als Ausweitung der liberalen politischen Einstellungen von der Gesellschafts- auf die Wirtschaftspolitik entsprechend den Interessen von Mittelschichten). Betrachtet man die Analysen und Forderungen von VertreterInnen des LAK, zeigt sich jedoch ein spezifisches Bild ihrer Vorstellungen über die Ökonomie, das von Radikalität entfernt ist und letztlich auf fragwürdigen Annahmen und Strategien beruht. Hinsichtlich der fragwürdigen Annahmen und Strategien kann die spezifische Vorstellung der Funktionsweise nationaler Volkswirtschaften in gegenwärtigen postfordistischen Kontexten genannt werden. Viele Forderungen des LAK legen nahe, dass bestimmte Realitäten wie die Internationalisierung der Produktion (die auf Flexibilität und Netzwerkartigkeit zwischen Standorten in verschiedenen Ländern beruht), die Komplexität von Handelsbeziehungen oder die Funktionsweise von Währungsverhältnissen und Finanzmarktaktivitäten relativiert oder ignoriert werden. Die Vorstellungswelt des LAK über die Ökonomie scheint sich auf lokale KMU-Betriebe im Bereich des Gewerbes zu beschränken und auf die politische Ökonomie des Fordismus zu beziehen. Ausgehend von diesen Annahmen wird die Ökonomie häufig in zwei voneinander als getrennt verstandener Sphären eingeteilt, von Finanzaktivitäten und Industrieproduktion, und als durch Strategien nationalen Protektionismus (etwa die einfache Unterstellung wirtschaftlicher Entscheidungszentren unter die Politik) korrigierbar erachtet. Die Beiträge

von Glasman und anderen scheinen hinsichtlich ökonomischer Fragen davon auszugehen, dass die gegenwärtige politische Ökonomie wesentlich von einer Korrektur im Bereich wirtschaftspolitischer Ideologien auf nationaler Ebene verändert werden könne, während ökonomische Strukturen wie Produktionsverhältnisse und die physische Infrastruktur der Ökonomie kaum thematisiert werden. Es ist dem LAK positiv zuzuschreiben, dass innerhalb der Labour Party wieder über den Kapitalismus und auch über den Sozialismus gesprochen wurde. Die Beiträge von Glasman und anderen ab 2010 sind für diese Entwicklungen sicherlich von zentraler Bedeutung gewesen und haben die Kampagne von und das Parteiprojekt von Ed Miliband maßgeblich befördert. Zugleich zeigen die Problematiken und die Argumentationen dieser Beiträge, dass Kapitalismus und Sozialismus eigentlich als alternative Varianten innerhalb des Kapitalismus verstanden werden: Kapitalismus bezieht sich darin wesentlich auf einen (angelsächsischen) neoliberalen spekulativen Finanzmarktkapitalismus, der einem (deutschen) neokorporatistischen Industriekapitalismus gegenübergestellt wird, und Sozialismus nicht auf eine Zurückdrängung des Kapitalismus als vielmehr auf eine Korrektur bestimmter negativer Entwicklungen innerhalb des Kapitalismus (kritisch hierzu etwa Rooksby 2011: 113). Hier scheinen sich die Analysen des LAK, der als Ansatz der Zurückdrängung von Marktbeziehungen und Kommodifizierung sowie der Stärkung eines Gemeinwohls jenseits von Marktmechanismen antritt, letztlich in vagen postreformistischen Appellen aufzulösen, die sich von bisherigen sozialdemokratischen Strategien weniger abheben als behauptet wird. Hinsichtlich des ökonomischen Radikalismus des LAK kann daher durchaus in Frage gestellt werden, ob der LAK tatsächlich gegenüber dem Corbynismus wenig unterscheidbare (so etwa Bolton/Pitts 2020a) oder sogar radikalere (Embery 2020: 178ff.) Standpunkte vertritt. Eher scheint es der Fall zu sein, dass der Mangel an substantziellen Analysen über die Struktur und Funktionsweise gegenwärtiger Ökonomie, über das Verhältnis von Staat und Ökonomie sowie über die Rolle von Regierungs- und Staatsmacht den Ansatz in der Ausarbeitung einer politischen Strategie und eines politischem Reformprojekts behindern, insbesondere da die Ökonomie nur als Teilbereich nationaler Souveränität erfasst wird (s. hierzu auch die Kritik an der Brexit-Position des LAK bei Bolton/Pitts 2020b: 130).

*Sozialismus und Postliberalismus:* Die Konzeption des Postliberalismus innerhalb des LAK beruht wesentlich auf dem Argument, wonach Liberalismus und Sozialismus einander völlig fremde politische Strömungen wären und der Sozialismus, insbesondere in der Tradition des englischen Radikalismus stattdessen große Übereinstimmungen mit dem Konservatismus hätte. Auch wenn der LAK mit der Betonung der politischen, ideologischen und theoretischen Ambivalenzen innerhalb der englischen ArbeiterInnenbewegung sicherlich interessante und weiter zu untersuchende Diskussionsbeiträge liefert, scheint diese Darstellung nichtsdestotrotz in wenig überzeugender Weise einseitig zu sein. Unterschiede zwischen Liberalismus und Sozialismus sind zweifelsohne zahlreich, insbesondere wenn die für sozialistische Strömungen relevante Analyse der strukturellen Inhärenz von ökonomischer Ausbeutung, politischer Unterdrückung und ideologischer Unterordnung der arbeitenden Klassen durch die verschiedenen Fraktionen des Kapitals innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsformationen bedacht wird, jedoch lässt sich die Entwicklung dieser Strömung ohne den Liberalismus kaum denken. Dies trifft sowohl ideengeschichtlich als auch historisch zu. So ging es sozialistischen Positionen in der Regel nie um eine einfache Zurückweisung liberaler Grundpositionen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität (als allzu abstrakter Werte oder als der ArbeiterInnenbewegung fremder Prinzipien), sondern mehr um das Thema der notwendigen Bedingungen der realen und effektiven Erfüllung dieser Grundpositionen und daraus folgende Radikalisierungen liberaler Grundprinzipien (s. hierzu etwa die Ausführungen von Rooksby 2011: 110f.; 2012). Auch historisch lässt sich die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und der Labour Party im UK nicht ohne die Geschichte der Bewegungen und der Partei der Liberalen verstehen. Die Beziehungen zwischen Konservatismus und Sozialismus sind dagegen weitaus distanzierter, ist doch dieser ideengeschichtlich wie historisch verbunden mit Aufklärungskritik, Verteidigung von Elitenherrschaft, sozialen Hierarchien und der Ablehnung von Egalität. Wenn also Glasman (2010; Rutherford/Glasman 2020) und andere VertreterInnen des LAK (etwa Davis 2015) davon ausgehen, dass der Sozialismus als „radikaler Konservatismus“ des Widerstandes gegen neue Unfreiheiten, als Bewegung der Begrenzung von Märkten und als Stärkung des Gemeinwohls verstanden werden muss (Glasman 2010:

33), dann scheint diese Verbindung konstruiert und mehr politischen Beweggründen, die ArbeiterInnenbewegung als inhärent linksautoritär-kommunitaristisch darzustellen, als der Realität zu entsprechen.

#### 4. Fazit

In seinem Anspruch, die Krise der Sozialdemokratie durch eine neue politische Strategie zu lösen, benennt der linksautoritäre Kommunitarismus richtigerweise das Problemfeld der politischen Repräsentation der arbeitenden Klassen. Dem LAK ist es zudem gelungen, einige produktive Neuerungen innerhalb der britischen Labour Party eingeführt zu haben, etwa die Kritik der politischen Strategie des Blairismus, der Fokus auf den Kapitalismus als Gegenstand politischer Debatte sowie die Verankerung eines positiven Sozialismusbegriffs. Zugleich hat dieser Beitrag herausgearbeitet, dass der Diskurs des LAK zur Lösung der Krise der Sozialdemokratie inhärente Hindernisse mit sich bringt. Sein politisches Reformprojekt beruht zwar auf einer Kritik der blairistischen Entwicklungsphase der Sozialdemokratie, verschiebt die Analyse und die Alternative jedoch in erster Linie auf eine kulturelle Dimension, in der zentrale Anliegen der Sozialdemokratie – die Bekämpfung sozialer Ungleichheit, die Schaffung von Perspektiven auf ein gutes Leben für die arbeitenden Klassen, die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Transformation sozialer Strukturen, die für die gegenwärtige soziale, ökonomische und ökologische Krise verantwortlich zu machen sind etc. – nicht sinnvoll und nicht überzeugend thematisiert und realisiert werden können. Seine Vision beruft sich auf ein retrotopisch konstruiertes und sozialkonservativ bestimmtes Gemeinwohl, dessen spezifische Repräsentation der Interessen und Lebensverhältnisse der (traditionellen) ArbeiterInnenklasse schlicht vorausgesetzt und behauptet und mit einer einseitigen Bezugnahme auf einen fragwürdigen historischen Narrativ der Geschichte der britischen ArbeiterInnenbewegung und der Labour Party untermauert wird. Die dabei aufgebrachte Gemeinwohlkonzeption ist weit davon entfernt, eine Allianz der Linken oder der ArbeiterInnenklasse befördern zu können, sondern begründet vielmehr nur einen Einstieg in das „Patriot Game“ (Hayhurst 2021) mit der politischen Rechten, das die Linke nicht nur nicht gewinnen kann, sondern in dem sie viel zu verlieren hat: politisch, ideologisch und elektoral. Politisch behindern die negative Darstellung von Migration, die Ablehnung einer liberalen gesellschaftlichen Ordnung und das Lob der konservativen Agenda von Familie, Nation und Glauben die Einheit der ArbeiterInnenklasse, denn diese ist keineswegs über kulturellen Sozialkonservatismus zu vereinheitlichen. Ideologisch stärkt diese Perspektive in erster Linie die politische Rechte und schließt Möglichkeiten der Adressierung der sozialen Frage aus einer linken (auf Politiken der Herstellung sozialer Freiheit und sozialer Gleichheit abzielende) Perspektive größtenteils aus. Elektoral würde eine solche Perspektive dazu führen, dass verbliebende WählerInnen der Sozialdemokratie mit liberalen Einstellungen ihre Unterstützung entziehen. Die Zuversicht des Ansatzes über seine Erfolgsaussichten korrespondiert daher in keiner Weise mit einer tragfähigen politischen Strategie. Versuche der Retraditionalisierung der Sozialdemokratie kennzeichnen nicht nur die britische Labour Party, sondern wurden und werden auch mit stets überschaubarem Erfolg von anderen sozialdemokratischen Parteien eingesetzt (so etwa in der SPÖ; Puller 2019: 400ff.). Die ‚Blue Labour‘-Strömung stellt eine spezifische Variante des LAK dar, weist aber viele Ähnlichkeiten zu Debatten anderer Sozialdemokratien auf. Es liegt daher nahe, dass die für diesen identifizierten Fehlschlüsse auch in den Diskursen anderer linksautoritärer Kommunitarismen auftauchen.

Innerhalb der sozialdemokratischen Strategiedebatte wird die Strategie der Retraditionalisierung gegenwärtig vor allem von der eingangs angesprochenen Strategie der (sozialliberalen) Werterhaltung zurückgewiesen. Anstelle von Retraditionalisierung schlägt sie eine Erneuerung der Sozialdemokratie entlang einer relativ abstrakten Werterhaltung vor, die von Klassenpositionen und gesellschaftlichen Interessen entkoppelt verstanden wird. Die Strategie ist üblicherweise mit einer positiven Haltung gegenüber Migration verbunden und betont berechtigterweise, dass gegenwärtige moderne und pluralistische Gesellschaften nicht durch eine sozialkonservativ bestimmte Gemeinwohlvorstellung vereinheitlicht werden können. Wiewohl diese Einsatzpunkte eine überzeugende Intervention gegen die Retraditionalisierungsstrategie darstellen, weist diese Strategie zugleich auch einige Probleme auf: Sie neigt dazu, die Frage

der sozialen Basis der Sozialdemokratie, der ArbeiterInnenklasse und ihrer Interessen wie politischen Repräsentation insgesamt zu verabschieden und orientiert sich auf eine sozialstrukturell unbestimmte politische Identität jenseits von Klassenverhältnissen. Dies hängt nicht zuletzt häufig damit zusammen, dass VertreterInnen dieser Strategie letztlich von ähnlichen Annahmen über die gegenwärtige politische Polarisierung (nämlich zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Milieus) und die (angeblich manifest traditionalistischen) Einstellungen der ArbeiterInnenklasse ausgehen wie dies die Retraditionalisierungsstrategie des LAK tut, jedoch nur die spiegelbildliche Position einnimmt. Ebenso verschiebt auch sie Fragen gesellschaftlicher Interessen und politischer Repräsentation auf die kulturelle Dimension abstrakter Werte. Für die Überwindung der Krise der Sozialdemokratie und eine Erstarkung sozialdemokratischer Politik können weder die Annäherung an die reaktionäre Agenda der politischen Rechten noch die Agenda eines Wertesozialismus eine tragfähige Alternative anbieten, denn sie reproduzieren jeweils auf ihre Weise eine bestehende politische Spaltung, bei der die Linke nicht in die Lage versetzt wird, eigene Akzente zu setzen. Hierfür scheint es angebracht, die politische Spaltung selbst zu verschieben und eigenständige Akzente einer Politisierung zu setzen, insbesondere etwa entlang der sozialen Missstände, die von einem, von der (ökonomischen, sozialen und ökologischen) Vielfachkrise betroffenen und diese befeuernden Kapitalismus und vom Wettbewerbs- und Austeritätsstaat ausgehen. Diese Strategie müsste darauf abzielen, eine neue politische Identität zu schaffen, die Möglichkeiten einer politischen Allianz verschiedener Teile der arbeitenden Klassen eröffnet (anstelle sie zu schließen oder abzuschreiben), den Vorstellungsräum der politischen Debatte und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschiebt, soziale Missstände weder kulturalisiert noch technokratisch abhandelt, sondern diese ausgehend von gesellschaftlichen Interessen, über die demokratische Aushandlungsprozesse stattzufinden haben, bearbeitet. Für diese Strategie müsste die Sozialdemokratie jedoch deutlich mutiger und radikaler aufgestellt werden als sie dies derzeit zu leisten willig ist.

## Literatur

- Abou-Chadi, Tarik / Hix, Simon (2021): Brahmin Left versus Merchant Right? Education, class, multiparty competition, and redistribution in Western Europe; *The British Journal of Sociology* 72(1); 79-92. DOI: 10.1111/1468-4446.12834
- Abou-Chadi, Tarik / Wagner, Markus (2019): The Electoral Appeal of Party Strategies in Postindustrial Societies: When Can the Mainstream Left Succeed?; *The Journal of Politics* 81(4); 1405-1419. DOI: 10.1086/704436
- Ainsley, Claire (2018): *The new working class. How to win hearts, minds and votes*; Bristol: Policy.
- Bailey, David J. (2009): *The Political Economy of European Social Democracy. A critical realist approach*; London: Routledge.
- Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia*; Berlin: Suhrkamp.
- Biskamp, Floris (2020): Kein Kommunitarismus, nirgends. Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel; *Leviathan* 48(1); 70 – 89. DOI: 10.5771/0340-0425-2020-1-70
- Bloomfield, Jon (2020): Progressive Politics in a Changing World: Challenging the Fallacies of Blue Labour; *The Political Quarterly* 91(1); 89-97. DOI: 10.1111/1467-923X.12770
- Bolton, Matt / Pitts, Frederick Harry (2020a): Corbynism and Blue Labour: post-liberalism and national populism in the British Labour Party; *British Politics* 15(1); 88–109. DOI: 10.1057/s41293-018-00099-9
- Bolton, Matt / Pitts, Frederick Harry (2020b): Liberalism and critical Marxism: a reply to Glasman and Rutherford; *British Politics* 15(1); 120–133. DOI: 10.1057/s41293-019-00108-5



- Burton-Cartledge, Phil (2019): *A tale of two crises*; in: Perryman, Mark (Hg.): *Corbynism from below*. London: Lawrence Wishart; 65-79.
- Burton-Cartledge, Phil (2021): *The Problems of Starmerism*; *The Political Quarterly* 92(2); 193-201. DOI: 10.1111/1467-923X.12996
- Cruddas, Jon (2019): *The Left's New Urbanism*; *The Political Quarterly* 90(1); 15-22. DOI: 10.1111/1467-923X.12639
- Cruddas, Jon (2021): *The Dignity of Labour*; Cambridge: Polity.
- Cruddas, Jon / Rutherford, Jonathan (2010): *Ethical socialism. A re-engagement with the traditions of ethical socialism offers valuable insights for the renewal of the centre left*; *Soundings* 44; 10-21. DOI: 10.3898/136266210791036809
- Embery, Paul (2020): *Despised. Why the Modern Left Loathes the Working Class*; Cambridge: Polity.
- Evans, Geoffrey / Tilley, James (2017): *The New Politics of Class. The Political Exclusion of the British Working Class*; Oxford: OUP.
- Finlayson, Alan (2011): *Making sense of Maurice Glasman*; *Renewal. A Journal of Social Democracy* 19(2); 18-24.
- Gallas, Alex (2015): *The Thatcherite Offensive. A Neo-Poulantzian Analysis*; Leiden: Brill.
- Glasman, Maurice (2010): *Labour as a radical tradition*; *Soundings* 46; 31-41. DOI: 10.3898/136266210793790936
- Glasman, Maurice (2015): *The Good Society, Catholic Social Thought and the Politics of the Common Good*; in: Geary, Ian / Pabst, Adrian (Hg.): *Blue Labour. Forging a New Politics*; London: I. B. Tauris; 13-26.
- Goes, Eunice (2016): *The Labour Party under Ed Miliband. Trying but failing to renew social democracy*, Manchester: MUP.
- Goes, Eunice (2021): *The Labour Party under Keir Starmer: 'Thanks, but no 'isms' please!'*; *The Political Quarterly* 92(2); 176-183. DOI: 10.1111/1467-923X.12995
- Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*; London: C. Hurst & Co.
- Hayhurst, Mark (2020): *'Who were those People?': The Labour Party and the Invisibility of the Working Class*; *The Political Quarterly* 91(1); 141-147. DOI: 10.1111/1467-923X.12789
- Hayhurst, Mark (2021): *Labour and the Patriot Game*; *The Political Quarterly* 92(2); 352-359. DOI: 10.1111/1467-923X.12992
- Jessop, Bob (2018): *Neoliberalization, uneven development, and Brexit: further reflections on the organic crisis of the British state and society*. In: *European Planning Studies* 26(9): 1728-1746. DOI: 10.1080/09654313.2018.1501469
- Lefkofridi, Zoe / Wagner, Markus / Willmann, Johanna E. (2014): *Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe. Electoral Choice across Ideological Dimensions*; *West European Politics* 37(1); 65-90. DOI: 10.1080/01402382.2013.818354
- Milbank, John (2015): *The Blue Labour Dream*; in: Geary, Ian / Pabst, Adrian (Hg.): *Blue Labour. Forging a New Politics*; London: I. B. Tauris; 27-49.
- Moschonas, Gerassimos (2002): *In the Name of Social Democracy. The Great Transformation: 1945 to the Present*; London: Verso.
- Murray, Andrew (2019): *The Fall and Rise of the British Left*; London: Verso.

- Panitch, Leo / Leys, Colin (2001): *The End of Parliamentary Socialism. From New Left to New Labour*; London: Verso.
- Panitch, Leo / Leys, Colin (2020): *Searching for Socialism. The Project of the Labour New Left from Benn to Corbyn*; London: Verso.
- Puller, Armin (2017): Von „Remain and reform“ zu „For the many, not the few“. Zur Lage von Labour in Zeiten des Brexit; *Kurswechsel* 2/2017; 83-88.
- Puller, Armin (2019): Grenzen der postblairistischen Konstellation. Das Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie; *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 49(196); 387-406. DOI: DOI: 10.32387/prokla.v49i196.1834
- Puller, Armin (2020): Corbynismus ohne Corbyn? Die britische Labour Party nach der Wahlniederlage vom Dezember 2019; *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 50(2); 325-333. DOI: 10.32387/prokla.v50i199.1879
- Puller, Armin (2021): Zerrissen zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus? Grundlegendes zur Positionierung der Sozialdemokratie in Fragen der Migrationspolitik; in: Müller, Bernhard / Weinstabl, Constantin (Hg.): *Sozialdemokratische Außenpolitik. Historisches Selbstverständnis und aktuelle Ausblicke*; Wien: Promedia; 127-139.
- Puller, Armin / Wenninger, Florian (2019): *Die Sozialdemokratie nach 1945*; Wien: VÖGB.
- Rooksby, Ed (2011): Blue Labour and the Limits of Social Democracy; *Renewal* 19(3/4); 104-117.
- Rooksby, Ed (2012): The Relationship between Liberalism and Socialism; *Science & Society* 76(4); 495–520. DOI: 10.1521/so.2012.76.4.495
- Rutherford, Jonathan / Glasman, Maurice (2020): What is Blue Labour? A response to Matt Bolton and Harry Pitts; *British Politics* 15(1); 110–119. DOI: 10.1057/s41293-019-00107-6
- Scothorn, Rory (2020): Scotland: Centrism’s Bolthole?; in: Blakely, Grace (Hg.): *Futures of Socialism. The Pandemic and the Post-Corbyn Era*; London: Verso; 20-31.
- Watkins, Susan (2020): Britain’s Decade of Crisis. In: *New Left Review* 121: 5-19.
- Watson, Tom (2015): Blue Labour and the Trade Unions: Pro-Business and Pro-Worker; in: Geary, Ian / Pabst, Adrian (Hg.): *Blue Labour. Forging a New Politics*; London: I. B. Tauris; 79-83.